

## **Margot Kalinke und der Wechsel von neun Bundestagsabgeordneten der Deutschen Partei (DP) zur CDU 1960**

**Dorothea Oelze**

Nur noch wenige kennen den Namen Margot Kalinke. Sie widmete ihr Leben der Politik und vertrat ihre Ziele ehrgeizig, wie es für Frauen ihrer Zeit ungewöhnlich war. Sie fügte sich nicht in das Bild der Frau, die, nach getaner Trümmerarbeit, ihren Lebensinhalt darin sah, sich auf die drei „K“s zu beschränken: Kindern, Küche und Kirche. Das Andenken an diese kraftvolle, ungewöhnliche und sicherlich bisweilen auch unbequeme Persönlichkeit ist in Vergessenheit geraten, so dass niemand mehr beim Gedanken an Margot Kalinke die Begriffe Mut, Expertise und Leistungsbereitschaft assoziiert.

Margot Kalinkes Leidenschaft lag in der Politik. Sie gehörte als eine der wenigen Frauen bereits ab 1947 dem Zonenbeirat der britischen Zone an. Ebenfalls 1947 zog sie als eine von nur acht Frauen in den ersten gewählten niedersächsischen Landtag ein. Sie verließ diesen jedoch bereits 1949 – aber nur, um von nun an den Kollegen im Bundestag ‚in die Waden zu beißen‘. Hier investierte sie ihre Energie und Kampfeslust in die Lösung drängender sozialpolitischer Probleme. In ihren Reden trat sie insbesondere für Fragen der Sozial- und Krankenversicherung, der Angestellten- und Frauenpolitik ein.

1960 gehörte Margot Kalinke zu den neun Abgeordneten der Deutschen Partei (DP), die in dieser Partei nunmehr ein funktionsuntüchtiges Konstrukt sahen und in der Konsequenz zur CDU übertraten. Die einschlägige Literatur simplifizierte den Vorgang bislang stark und schloss sich weitgehend der Presseerklärung der DP zum Austritt neun ihrer Bundestagsabgeordneten an. Sie konstatierte, die Übergetretenen hätten aus Angst um ihre Ämter im Bundestag Ausschau „nach einem Rettungsanker bei einer anderen Partei“ gehalten.<sup>1</sup> Die Politik der Bundestagsfraktion habe überhaupt erst zum Richtungsstreit innerhalb der DP geführt. In seiner Folge sei seit Ende 1959 mit einer Spaltung zu rechnen gewesen.<sup>2</sup> Carl-Wilhelm Reibel führt lediglich aus, die Spaltung sei eine „direkte Konsequenz des Parteitags“ von Heilbronn gewesen.<sup>3</sup> Alf Mintzel und Heinrich Oberreuter belassen es bei dem Hinweis

---

1 Hermann Meyn: Die Deutsche Partei. Entwicklung und Problematik einer national-konservativen Rechtspartei nach 1945. Düsseldorf 1965, S. 60 und S. 69.

2 Vgl. ebd., S. 68.

3 Carl-Wilhelm Reibel: DP. Deutsche Partei. Mitgliedschaft und Sozialstruktur, in: Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. Teilband III: FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte

auf die Verhandlungen zwischen DP und FDP, ohne dazu ein Urteil abzugeben.<sup>4</sup> Die wenigen personenbezogenen Bemerkungen zu diesem Vorgang werden den beiden beteiligten Bundesministern Hans-Christoph Seebohm<sup>5</sup> und Hans-Joachim von Merkatz<sup>6</sup> gewidmet.

Die Perspektive der Übergetretenen und insbesondere die Rolle Margot Kalinkes blieben in einschlägigen Werken weitgehend unbeachtet. Dabei erklärte der „Spiegel“ die Spaltung der Fraktion eindeutig zum Werk Kalinkes: Im Artikel „Der Abfall“ wird Kalinke als „Abtrünnigen-Chefin“ und „zielstrebige Chef-Verschwörerin“ bezeichnet, die ihre „Kalinke-Gruppe“ um sich scharte und den Übertritt organisierte.<sup>7</sup> Darüber hinaus sind zahlreiche Quellen überliefert, in denen die „Abtrünnigen“ ihre Position darlegen. Persönliche und öffentliche Stellungnahmen liegen von Margot Kalinke<sup>8</sup>, Hans-Christoph Seebohm<sup>9</sup>, Hans-Joachim von Merkatz<sup>10</sup> und Willy Steinmetz<sup>11</sup> vor.

Mit der Person Kalinkes hat sich die historisch-politische Forschung ebenfalls wenig auseinandergesetzt. Es gibt lediglich zwei Lebensbilder,

---

Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990 (Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 12). Bearb. von Oliver Gnad u. a. Düsseldorf 2005, S. 175–218, hier S. 188.

- 4 Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter: Die Mitte, in: Alf Mintzel/Heinrich Oberreuter (Hg.): Parteien in der Bundesrepublik (Studien zur Geschichte und Politik 282). Bonn 1990, S. 335–348, hier S. 337. Die ausführliche Arbeit von Ingo Nathusius befasst sich ausschließlich mit der Entwicklung der DP bis 1953. Die Vorgänge um die Spaltung der DP–Bundestagsfraktion finden daher keine Berücksichtigung. Vgl. Ingo Nathusius: Am rechten Rande der Union. Der Weg der Deutschen Partei bis 1953. Diss. Mainz 1992.
- 5 Hans-Christoph Seebohm (4. August 1903–17. September 1967), 1946–1951 MdL, 1949–1967 MdB, 1946–1948 Landesminister für Aufbau, Arbeit und Gesundheitswesen, 1949–1966 Bundesminister für Verkehr, DP, 1960 Wechsel zur CDU.
- 6 Hans-Joachim vom Merkatz (7. Juli 1905–25. Februar 1982), 1949–1969 MdB, 1955–1962 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates, 1956–1957 Bundesjustizminister, 1960–1961 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, DP, 1960 Wechsel zur CDU.
- 7 Der Abfall, in: Spiegel, Nr. 29, 13. Juli 1960, S. 13–23, hier S. 20.
- 8 18-seitiges persönliches Schreiben an Hellwege, 1. August 1960, in: ACDP (Archiv für Christlich-Demokratische Politik) 01-026-002/4.
- 9 Persönliche Stellungnahme: In eigener Sache, 15. August 1960, in: Bundesarchiv (BA) N 1178/5; öffentliche Stellungnahme: Die Entwicklung der DP seit 1953, 1961, in: ACDP 01-026-004/4.
- 10 Hans-Joachim von Merkatz: Die Deutsche Partei, die CDU und wir, 20. September 1960, in: BA N 1178/5; veröffentlichte Stellungnahme (auch im Namen der anderen Übergetretenen): Unser Weg in die Union, 1960, in: ACDP 01-026-002/4. Die Veröffentlichung „Unser Weg in die Union“ ist auf Initiative der CDU und unter Leitung von Otto Fricke erstellt worden. Es ist eine Art Weißbuch, das den Übertritt der Neuen und deren Aufnahme in die CDU rechtfertigen sollte. Zum Vorgang der Veröffentlichung siehe ACDP 01-148-051/02, -051/03.
- 11 Kurze Stellungnahme, in: ACDP 01-148-051/01. – Willy Steinmetz (20. August 1900–20. Dezember 1969), 1955–1957 MdL, 1957–1969 MdB, DP, seit 1960 CDU.

wobei nur Regine Marquardt eine Persönlichkeits- und Politikanalyse vorlegte.<sup>12</sup>

Wer war Margot Kalinke und welche Position hatte sie in der DP? Welche Entwicklungen führten zur Spaltung der DP im Jahr 1960 und welchen Einfluss nahm Kalinke auf diese? Wie begründeten die neun Bundestagsabgeordneten ihren Übertritt zur CDU und welche Motive lagen Kalinkes persönlicher Entscheidung zu Grunde? Vernachlässigte die einschlägige Literatur mit Margot Kalinke bisher eine Persönlichkeit, die maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung der DP und damit auch auf das Parteiensystem der Bundesrepublik nahm und ist dem „Spiegel“ und seiner zeitgenössischen Beurteilung der Rolle von Margot Kalinke zuzustimmen?

### *Margot Kalinke – Ein Leben als Vollblutpolitikerin*

Margot Kalinke wurde am 24. April 1909 in Bratschin im Landkreis Posen geboren.<sup>13</sup> Sie besuchte in Bromberg, heute Bydgoszcz, das Deutsche Lyzeum und anschließend das dortige Deutsche Privatgymnasium, eine Jungenschule, die nur in Ausnahmefällen Mädchen zum Unterricht zuließ. Sicherlich wurde hier der eine oder andere Charakterzug Margot Kalinkes geprägt, der ihr später das Kompliment Konrad Adenauers<sup>14</sup> einbrachte, mehr wert zu sein als drei Männer.<sup>15</sup> Durchsetzungsfähigkeit, Hartnäckigkeit und Beharrlichkeit sind sicherlich ebenso in dieser Zeit gereift wie ihre Dominanz und bisweilen scharfe, ja durchdringende Art des Argumentierens.

Nachdem Bromberg im Zuge des Versailler Vertrags Polen zugesprochen worden war, verließ die deutsche Familie Kalinke ihre Heimat und siedelte 1926 nach Niedersachsen über.

Diese Erlebnisse prägten die Persönlichkeit der Politikerin und bestimmten ihre politische Position. Sie setzte sich ein Leben lang für die Belange der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge ein, gehörte bis zu ihrem Tod der Landsmannschaft Westpreußen an und zählte 1972 zu den 18

12 Ausführliche Biographien zu Margot Kalinke legten vor: Regine Marquardt: Margot Kalinke (1909–1981). „Mein ‚Ja‘ zur Politik war 1946 ein Bekenntnis zur Mitverantwortung“, in: Dies. (Hg.): Das Ja zur Politik. Frauen im Deutschen Bundestag (1949–1961). Ausgewählte Biographien. Opladen 1999, S. 253–281 und Hanna Neumeister: „Mehr wert als drei Männer!“ Margot Kalinke (1909–1981), in: Renate Hellwig (Hg.): Die Christdemokratinnen. Unterwegs zur Partnerschaft. Stuttgart u. a. 1984, S. 204–211. – Der schriftliche Nachlass von Margot Kalinke liegt im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Bestandssignatur 01-026.

13 Vgl. Marquardt: Kalinke, S. 255f.

14 Konrad Adenauer (5. Januar 1876–19. April 1967), 1949–1967 MdB, 1949–1963 Bundeskanzler, CDU.

15 Vgl. Marquardt: Kalinke, S. 259; vgl. Neumeister: Kalinke, S. 206.

Bundestagsabgeordneten, die gegen die Ostverträge stimmten.<sup>16</sup> Daraus wird ersichtlich, wie wertkonservativ Kalinke ihre Erfahrungen verarbeitete: Sie machte ihre Lebenserfahrungen nicht zur Grundlage einer flexiblen und offenen Weltsicht. Im Gegenteil: Ihre Anforderungen an Staat, Gesellschaft und Personen bemaßen sich an den Werten Sicherheit, Fürsorge, Bewahrung, Zuverlässigkeit und Standfestigkeit. Es galt, die alte Ordnung grundsätzlich zu erhalten, mit gewissen Änderungen innerhalb des Systems jedoch zu Verbesserungen beizutragen. Insofern ist Konservatismus ein Schlagwort, das Kalinkes politische Position, aber auch ihre privaten Beziehungen bestimmte.

1926 wurde Kalinke in der Textilindustrie Goslars angestellt und bald schon zur leitenden Angestellten befördert. Ab 1937 beschäftigte sie sich als Bezirksgeschäftsführerin einer großen Angestelltenkrankenkasse in Hannover und Geschäftsführerin des Verbandes der Angestelltenkrankenkassen, den sie zunächst in Hamburg und dann in Bonn vertrat, aktiv mit sozialwirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen.

In der Weimarer Republik war Kalinke ausschließlich im vorpolitischen Raum aktiv. Ihre Hauptinteressen galten dabei der Stellung der Frau und der sozialen Sicherung der Angestellten. Bereits 1926 war sie dem Verband der Weiblichen Angestellten (VWA) beigetreten. Mit dem Beitritt des VWA zur Deutschen Arbeitsfront (DAF) 1933 verwischen sich allerdings die Spuren ihres politischen Engagements. Sicher ist nur, dass sie nicht aus dem Verband austrat, sondern die Mitgliedschaft der DAF erwarb. Auch war sie seit 1934 Mitglied in der NS-Frauenschaft. Ob sie Mitglied in der NSDAP war, lässt sich nicht mehr rekonstruieren, zumal Kalinke selbst diesen Zeitraum nie thematisierte und auch keine Quellen dazu hinterließ.

Nach dem Ende des Krieges wurde sie schnell parteipolitisch aktiv. Sie trat 1946 der Niedersächsischen Landespartei (NLP) bei und blieb ihr auch 1947 beim Wandel dieser niedersächsischen Regionalpartei hin zur überregionalen Deutschen Partei treu. Der Anschluss an die NLP lag für Kalinke nah, sah sie doch ihre protestantisch-konservativen Werte in dieser Partei gut vertreten.

In der NLP und später DP erkämpfte sie sich bald Respekt, der vermutlich auf ihre Redebegehung, ungewöhnliche Expertise im Versicherungswesen und Verbindungen zu den christlichen Gewerkschaften zurückging.<sup>17</sup> Kalinkes Position in der DP war offenbar unangefochten, wie ihre Delegation in die wichtigsten politischen Gremien zeigt: 1947 wurde sie als einer von nur zwei Vertretern der DP in den Zonenbeirat, das parlamentsähnliche deutsche Beratungsgremium der britischen Militärregierung, abgeordnet und als

---

16 Vgl. Marquardt: Kalinke, S. 258f.

17 Vgl. ebd., S. 265f.

Kandidatin für die erste Landtagswahl in Niedersachsen aufgestellt. Die Wahl in den niedersächsischen Landtag glückte, doch gehörte sie dem Landtag nur bis 1949 an. In diesem Jahr zog sie in den Deutschen Bundestag ein, für den sie auf der DP-Landesliste Niedersachsens kandidiert hatte. Kalinke vertrat die DP zunächst von 1949 bis 1953 im Parlament. Zur Bundestagswahl 1953 wurde sie zwar wieder auf der niedersächsischen Landesliste aufgestellt, konnte jedoch auf Grund des katastrophalen Wahlergebnisses von nur 3,3 Prozent für die DP nicht in den Bundestag einziehen. Erst 1955 betrat sie wieder das Bonner Parkett, als Nachrückerin für Heinrich Hellwege<sup>18</sup>, der sein Bundestagsmandat aufgab, um die Regierungsverantwortung in Niedersachsen zu übernehmen.

Mit ihrem Wiedereintritt in den Bundestag wurde Kalinkes herausgehobene Stellung in ihrer Partei besonders deutlich: Persönliche Beziehungen, die Mitgliedschaft in wichtigen Parteigremien und der Abgeordnetenstatus machten Kalinke zu einer einflussreichen Persönlichkeit. So pflegte sie insbesondere eine enge Verbindung mit dem Bundesvorsitzenden und niedersächsischen Landesvorsitzenden Heinrich Hellwege. Sie war seine Vertraute und eine seiner ältesten Weggefährten in der NLP/DP. Auch mit Hans-Joachim von Merkatz und Hans-Christoph Seebohm unterhielt sie einen regen Austausch. Daneben war sie Mitglied des Direktoriums, des „bei weitem wichtigsten Gremiums“ der DP, das „in der praktischen Politik tatsächlich den Kurs der DP“ steuerte<sup>19</sup> und von 1955 bis 1960 stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion. Hier trat sie wegen ihrer Fachkompetenz und ihrer rhetorischen Begabung als eine der wenigen „politische[n] Aktivisten“ in Erscheinung.<sup>20</sup> In diesen Positionen war sie maßgeblich an der Gestaltung der politischen Linie der DP, insbesondere hinsichtlich ihres sozialpolitischen Programms und der Abstimmung mit dem größeren Koalitionspartner, der Union, beteiligt.

Früh schon erkannte Kalinke, dass die DP mit ihrer Politik in eine Sackgasse steuerte. Sie mahnte wiederholt, die Partei müsse ihr eigenes Profil schärfen. Bald jedoch kam sie zu dem Schluss, die DP könne allein in der engen Zusammenarbeit mit der CDU eine Zukunft haben. Folglich musste sie alle Bestrebungen des mitgliederstärksten und dominierenden niedersächsischen DP-Landesverbandes und auch der DP-Bundespartei ablehnen, die ihr Heil in der Bindung an andere Parteien suchten. Über diese Frage kam es am

---

18 Heinrich Hellwege (18. August 1908–4. Oktober 1991), 1947–1952 MdL, 1949–1955 MdB, 1949–1955 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrats, 1955–1959 Ministerpräsident von Niedersachsen, 1947–1961 Bundesvorsitzender der DP, 1946–1960 Landesvorsitzender der NLP/DP in Niedersachsen, 1961 Wechsel zur CDU.

19 Meyn: Die Deutsche Partei, S. 104. Zur Konkurrenz von DP-Bundestagsfraktion und Direktorium vgl. ebd., S. 105–107.

20 Nathusius: Am rechten Rande der Union, S. 319.

1. Juli 1960 zum Auseinanderbrechen der DP-Bundestagsfraktion, als neun Abgeordnete, darunter die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Kalinke, aus der DP aus- und der CDU beitraten.<sup>21</sup>

Hauptanliegen Kalinkes politischer Tätigkeit war die Sozialpolitik. Diese vertrat sie in Niedersachsen wie auch im Bund; als Abgeordnete der DP, wie auch als Abgeordnete der CDU. Daneben engagierte sie sich, selbst aus ihrer Heimat Posen ausgewiesen und doch keine im engeren Wortsinne „Vertriebene“, als niedersächsische Landtagsabgeordnete besonders für die Vertriebenen und Flüchtlinge.

Im Bund arbeitete sie für die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit, die über die Verbesserung des Sozialversicherungssystems, also der Renten-, Kranken-, Arbeitslosen-, Sozial- und Unfallversicherung, erreicht werden sollte. Die Anti-Kommunistin negierte dabei jedoch stets einen egalitären Ansatz: „Nicht allen das Gleiche, sondern jedem das Seine“ ist ein Satz, der von ihr bezüglich der sozialen Gerechtigkeit geprägt wurde.<sup>22</sup> Sie wirkte unter anderem bei der Neustrukturierung der Rentenversicherung, beim Aufbau der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und bei der Einführung des Selbstverwaltungsprinzips in den Sozialversicherungen mit.<sup>23</sup>

Auch der Frauenpolitik blieb Kalinke ein Leben lang treu. Diese war in der frühen Bundesrepublik vor allem von Diskussionen um den Mutterschutz sowie die Mitarbeit von Frauen im sozialen und gesellschaftlichen Bereich geprägt.<sup>24</sup> Aber auch das große Thema der Gleichberechtigung von Mann und Frau und insbesondere die Berufstätigkeit der Frau standen auf Kalinkes Agenda. Ihr Glaube an die Stärke von Frauen speiste sich hauptsächlich aus ihrem festen Glauben an die Kraft des Individuums, unabhängig vom Geschlecht. Sie trat folglich nicht für einen radikalen Rollenwechsel, sondern für eine grundsätzliche Öffnung der Gesellschaft ein, die Frauen Zutritt zu neuen Verantwortungsbereichen ermöglichen sollte. Zwar vermied sie dadurch einen Gegensatz mit der konservativen Grundhaltung der DP, respektive der CDU. Es hat sie jedoch nicht davor bewahrt, eine Einzelkämpferin auf diesem Gebiet zu sein. Von Seiten der – überwiegend männlichen – Fraktionskollegen und Parteifreunde erhielt sie nur wenig Unterstützung für frauenpolitische

---

21 Wie später noch zu zeigen sein wird, trifft es jedoch nicht zu, dass Kalinke und ihre Weggefährten „mit offenen Armen“ in der CDU aufgenommen wurden. Vgl. Marquardt: Kalinke, S. 271.

22 Ebd., S. 268.

23 Vgl. Neumeister: Kalinke, S. 207.

24 Vgl. Marquardt: Kalinke, S. 268f.

Anliegen.<sup>25</sup> Aus diesem Grund versuchte sie später über die Frauenvereinigung der CDU, die sie einige Jahre in Niedersachsen leitete, Einfluss auf die Politik der CDU zu nehmen.

Kalinkes Politikstil war geprägt von Offenheit, Mut und Klarheit. Insofern mag man Konrad Adenauers Ausspruch beipflichten: Ihr Verhältnis zur Macht war klar und eindeutig und damit männlicher als das der meisten ihrer Zeitgenossinnen.<sup>26</sup> Sie erklärte ihre Position in zahllosen temperamentvollen Bundestagsreden und ließ sich dabei nicht in eine Parteischablone einfügen. Verpflichtet war sie nur ihrem eigenen Gewissen, und sie scheute sich nicht, die eigene Position über Parteigrenzen hinweg zu verteidigen. Mit welcher Konsequenz sie diese Position vertrat, zeigte sich nicht zuletzt daran, dass sie 1960 den Absprung von der DP wagte, einer Partei, in der sie keinen Raum mehr sah, ihr politisches Programm weiter zu verfolgen.

Auch im vopolitischen Raum widmete sich Kalinke nach 1945 weiterhin dem Sozialversicherungswesen und der Frauenpolitik. Von 1949 bis 1969 war sie Vorsitzende des Hauptausschusses des VWA, der nach 1945 wieder seine Tätigkeit aufgenommen hatte. Daneben war sie langjährig in der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, im Verband der Privaten Krankenversicherungen und als Bundessozialrichterin tätig.<sup>27</sup> Darüber hinaus vertrat sie ihre Position in zahlreichen publizierten Artikeln und Aufsätzen.<sup>28</sup>

Wie häufig bei politisch aktiven Frauen der frühen Bundesrepublik, blieb Kalinke Zeit ihres Lebens Jungesellin. Sie verkörperte jedoch alles andere als das Bild einer „verbitterten alten Jungfer“, sondern war im privaten Rahmen eine lebensfrohe und gesellige Person. In ihrer knappen Freizeit ging sie ihrer zweiten, für Frauen ungewöhnlichen Leidenschaft nach: Sie liebte schnelle Autos und nahm mit ihrem Opel-Olympia selbst an Autorennen teil. Sie stiftete sogar eigens einen Preis für ein solches Rennen.

Nach ihrem freiwilligen Ausscheiden aus der Politik im Jahr 1972 zog sie sich ins Privatleben zurück und widmete sich in München vor allem ihren Patenkindern und dem Garten. Neun Jahre währte diese Ruhe. 1981 verstarb Margot Kalinke in München.

---

25 Vgl. ebd., S. 274; vgl. Robert G. Moeller: Geschützte Mütter. Frauen und Familien in der westdeutschen Nachkriegspolitik. München 1997, S. 139, S. 318.

26 Vgl. Neumeister: Kalinke, S. 206.

27 Vgl. Marquardt: Kalinke, S. 269.

28 Siehe dazu die Sammlung von Kalinkes Publikationen im Bestand, in: ACDP 01-026-011/2, -012/1 und -010/3.

*Grundzüge der Entwicklung der Deutschen Partei*

Die Deutsche Partei (DP) wurde 1945 als Niedersächsische Landespartei gegründet. Ihre Wurzeln gingen zurück auf die 1869 ins Leben gerufene protestantische Deutsch-Hannoversche Partei (DHP), die regionalistische Interessen der Welfen vertrat. Zusammen mit dem katholischen Zentrum bemühte sie sich, zentralistische Tendenzen Preußens abzuwehren. Neben der föderalistischen Staatsauffassung einte Zentrum und DHP auch das jeweilige Grundverständnis, eine christliche Partei zu sein. Angesichts der konfessionellen Bindung der DHP an den Protestantismus und des Zentrums an den Katholizismus kam es in der Provinz Hannover über die enge inhaltliche Zusammenarbeit der beiden Parteien daher zu ersten Ansätzen einer überkonfessionellen politischen Kraft.<sup>29</sup>

Bei der Begründung von Parteien 1945 und 1946 traten konfessionelle Spaltung und Konfrontation im Allgemeinen hinter Bestrebungen zur Einigung politischer Kräfte zurück. Große Teile der katholischen Zentrums gingen dabei in der überkonfessionellen CDU auf. Die Deutschhannoversche Partei schloss sich dieser Tendenz indes nicht an und wagte 1945 bei ihrer Wiederbelebung als NLP den Alleingang. Sie trat als Heimatpartei für die Bildung eines eigenen niedersächsischen Landes sowie für die Aufrechterhaltung konservativer und christlicher Werte ein.<sup>30</sup> Gleichwohl verlor sie ihren dezidiert protestantischen Charakter, auch wenn sich in ihr weiterhin hauptsächlich Protestanten zur politischen Partizipation sammelten. Sie wollte und konnte sich nicht als Partei des Protestantismus und in Abgrenzung zur überkonfessionellen CDU im Parteiensystem der jungen Bundesrepublik Deutschland etablieren.

Mit der Gründung des Landes Niedersachsen war die zentrale heimatpolitische Forderung der NLP erfüllt. Aus diesem Grund war sie gezwungen, eine Akzentverlagerung vorzunehmen, die die Erweiterung ihres politischen Aktionsradius ermöglichte. Die Partei war bestrebt, im ganzen westdeutschen Bereich für konservative Politik einzutreten, wobei sie ihren Schwerpunkt nun auf ökonomische, vor allem mittelstandspolitische sowie soziale Fragen verlegte. Mit diesem Positionswechsel ging 1947 auch die Änderung des Namens von Niedersächsische Landespartei in Deutsche Partei einher. Die Deutsche Partei konnte in allen Bundesländern Fuß fassen, wobei die Stärke der Landesverbände erheblich variierte. Waren die Landesverbände in den nord-

29 Vgl. Hans-Georg Aschoff: *Welfische Bewegung und politischer Katholizismus 1866–1918. Die Deutschhannoversche Partei und das Zentrum in der Provinz Hannover während des Kaiserreiches* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 83). Düsseldorf 1987, S. 7.

30 Vgl. Meyn: *Die Deutsche Partei*, S. 14; Schmollinger: *Deutsche Partei*, S. 1028.

deutschen Stammländern der DP, in Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und natürlich Niedersachsen gut aufgestellt, konnte sich die ehemalige niedersächsische Heimatpartei in Bayern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg nie im gleichen Maße etablieren. Die dortigen Landesverbände blieben stets mitgliederschwach (1960 wiesen sie zusammen 2.400 Mitglieder auf) und damit ohne nennenswerten Einfluss. Der mit Abstand stärkste und einflussreichste war der niedersächsische Landesverband. Im Stammland der DP vereinte dieser allein 35.000 Mitglieder, während alle anderen Landesverbände zusammen nicht einmal 10.000 Mitglieder zählten.<sup>31</sup>

Seit 1949 war die DP an den Regierungskoalitionen der CDU im Bund beteiligt. Auch nach der Bundestagswahl 1957 holte Konrad Adenauer sie mit ins Boot, obwohl die CDU/CSU die absolute Mehrheit erreicht hatte und folglich nicht auf die Mitarbeit der DP angewiesen war. Vermutlich ergriff Adenauer bereits zu diesem Zeitpunkt die Gelegenheit, die Partei so eng an die Union zu binden, dass eine Trennung der DP von der CDU, zumindest im Bundestag, fast unmöglich wurde. Die Koalitionsgemeinschaft verlieh den DP-Abgeordneten Gewicht im Bundestag und eine Machtposition in der Partei. Sie unterstützten im Gegenzug Adenauers politische Linie im Parlament wie im Kabinett, vor allem in Fragen der Außenpolitik. Da die Abgeordneten jedoch stets von der Gunst der Union abhängig waren, gewann Adenauer Einfluss auf innerparteiliche Entwicklungen der DP.

Seit der Bundestagswahl 1953, in den Ländern sogar noch früher, bestanden Wahlbündnisse zwischen DP und CDU, die es den Kandidaten der DP in allen Bundesländern ermöglichten, in den Deutschen Bundestag gewählt zu werden. Bereits 1953 verzeichnete die DP einen massiven Rückgang von Stimmen: Sie erhielt nur 3,3 Prozent aller Stimmen, wobei die Hälfte dieser Stimmen ihrem Stammland Niedersachsen zu verdanken war.<sup>32</sup> 15 DP-Abgeordnete konnten, dank der Kandidatenabsprachen mit der CDU, in den Deutschen Bundestag einziehen und eine eigene Fraktion bilden. Dies verstärkte die Abhängigkeit der DP-Bundestagsfraktion von der CDU.<sup>33</sup>

Seit 1953 schwankte die DP zwischen einer großen programmatischen Nähe zur CDU und den Versuchen, sich von ihr zu distanzieren, um ein eigenes Profil zu entwickeln. Angesichts der schlechten Wahl- und Umfrageergebnisse stellte sich zunehmend die Frage nach der Existenzberechtigung der Partei.<sup>34</sup>

---

31 Vgl. ebd., S. 1097. Zahlen gelten für 1956 und 1960.

32 Vgl. Meyn: Die Deutsche Partei, S. 42.

33 Vgl. ebd., S. 51.

34 Laut Schmollinger hatte die DP bis Mitte 1955 ihre „gesellschaftliche Relevanz“ weitgehend eingebüßt – mit Ausnahme ihrer Stammländer Niedersachsen, Hamburg und Bremen, vgl. Schmollinger: Deutsche Partei, S. 1036.

Spätestens seit der Bundestagswahl 1957 war sie zu einem „Anhängsel“ der CDU geworden.<sup>35</sup> In ökonomischen und politischen Grundsatzfragen der Bundesrepublik Deutschland stimmten die Programme der beiden Parteien weitgehend überein. Allein das Bemühen der DP um eine spezifische Mittelstandspolitik reichte nicht aus, ihre Selbständigkeit zu begründen. Gegen die Vereinnahmung durch die CDU ankämpfend, versuchte die DP auf verschiedenen Wegen, eine Stärkung der eigenen Position zu erreichen. Zum einen bemühte sie sich um eine Konzentration im Lager der kleinen bürgerlichen Parteien. So fusionierte sie 1957 mit der Freiheitlichen Volkspartei (FVP), einer Abspaltung der FDP. Zum anderen war sie bemüht, in den Bundesländern an der Regierungsverantwortung beteiligt zu sein. Zu diesem Zweck ging sie Koalitionen mit verschiedenen Partnern ein, unter anderem auch mit der SPD.

Die Profilierungsversuche der DP sowie die grundsätzliche Frage nach ihrer Zukunft und Existenzberechtigung führten schließlich zur Entfremdung der DP-Bundestagsfraktion von der Bundespartei sowie vom dominierenden Landesverband Niedersachsen. Beide Gruppen legten unterschiedliche Lösungsansätze zur drängenden Existenzfrage der Partei vor. Die Auseinandersetzungen mündeten 1960 im Austritt von neun prominenten Fraktionsmitgliedern und in ihrem Wechsel zur CDU.

### *Konflikte und Konstellationen*

Der Bruch der Bundestagsfraktion lässt sich natürlich nicht allein auf die Profilsuche der DP zurückführen. Neben dieses strukturelle Problem traten konkrete Konflikte, die zur Zuspitzung der Lage beitrugen. Wiederholt entzündeten sich an der Politik der Bundestagsfraktion Auseinandersetzungen. Im Laufe der Jahre sah sich die DP-Fraktion immer wieder der Kritik der Bundespartei und der Landesverbände ausgesetzt. Es wurde zunehmend deutlich, dass die Fraktion zu Gunsten der Regierungskoalition, insbesondere in Fragen der Innenpolitik, auf eine eigene Politik verzichtete und auch entgegen programmatischen Absprachen der Partei stimmte. Besonders zwei Positionen der Bundestagsfraktion brachten ihr viel Kritik und den Vorwurf des „Anlehnsbedürfnisses“<sup>36</sup> an die CDU ein. Zum Ersten unterstützte die Fraktion 1958 die Forderung nach der Ausstattung der Bundeswehr mit Trägersystemen für atomare Waffen, zum Zweiten stimmte sie der Einrichtung

35 Ebd., S. 1056.

36 Ebd., S. 1039. Auch Nathusius bescheinigt der DP-Bundestagsfraktion chronische Schwäche, die eine eigenständige Politik verhinderte, vgl. Nathusius: Am rechten Rande der Union, S. 321.

des Bundesministeriums für Wissenschaft, Unterricht und Erziehung zu. Vor allem der niedersächsische Landesverband sah in dieser Maßnahme einen Verstoß gegen die verfassungsmäßig föderale Organisation des Schulwesens.<sup>37</sup> Die Nähe der DP-Bundestagsfraktion zur Union konnte bei der Partei und in den Landesverbänden nicht auf Gegenliebe stoßen, ergaben sich doch daraus für sie keine unmittelbaren Vorteile. Stattdessen hatten sie vor Ort gegen den Vorwurf der Profillosigkeit anzukämpfen.

Auf der anderen Seite verprellte gerade der niedersächsische Landesverband die Bundestagsfraktion. Er brachte sie in eine schwierige Lage, als sich der DP-Bundes- und Landesvorsitzende Heinrich Hellwege 1957 entschloss, in Niedersachsen eine Regierungskoalition mit der SPD einzugehen. Wie sollte sich die Bundestagsfraktion der DP in der Bundeskoalition positionieren, während ihr stärkster Landesverband und der Bundesvorsitzende mit jener Partei koalitierten, die die stärkste Oppositionspartei im Bund darstellte? Die Regierungskoalition in Hannover provozierte jedoch nicht nur den Widerspruch der Bundestagsfraktion, sondern rief auch die Landesverbände Hessen, Nordrhein-Westfalen, Berlin und Rheinland-Pfalz auf den Plan, die sich vehement gegen die Koalition aussprachen.

Der Schlingerkurs der DP um die eigene Position führte ebenfalls zu einer Entfremdung vom Partner CDU. So brüskierte die Bundestagsfraktion der DP die CDU mit ihrer Weigerung, Konrad Adenauer bedingungslos als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten zu unterstützen. Sie stellte sich zudem bei der Frage der Nachfolge im Bundeskanzleramt hinter Ludwig Erhard<sup>38</sup> und trug damit ebenfalls nicht zur Beruhigung der Beziehungen zu Adenauer bei. Weiterhin schwächte der Fraktionsvorsitzende Herbert Schneider<sup>39</sup> die Position der Fraktion gegenüber ihrem Koalitionspartner mit einer eigenmächtigen Initiative. 1959 versandte er ein Telegramm an die Landesregierungen in Niedersachsen, Bremen und im Saarland, wo die CDU mit der SPD koalierte und forderte dazu auf, die Koalitionen mit den Sozialdemokraten aufzulösen. Selbstverständlich entsprach keine Landesregierung dem Wunsch Schneiders, vielmehr musste sich die Bundestagsfraktion die Frage gefallen lassen, ob sie an einer übersteigerten Selbstwahrnehmung litte.

Auch die Konstellation der DP-Führungspersönlichkeiten beeinflusste die Entwicklung und Entfremdung der DP-Gremien maßgeblich. Seit 1946 stand

---

37 Vgl. Meyn: Die Deutsche Partei, S. 62.

38 Ludwig Erhard (4. Februar 1897–5. Mai 1977), 1949–1977 MdB, 1949–1963 Bundesminister für Wirtschaft, 1963–1967 Bundeskanzler, CDU.

39 Herbert Schneider (25. November 1915–12. Dezember 1995), 1947–1962 MdBB, 1953–1961 MdB, 1957–1960 Vorsitzender der DP-Bundestagsfraktion, 1960–1961 Bundesvorsitzender der DP.

Heinrich Hellwege zunächst der NLP als Vorsitzender in Niedersachsen und seit der Erweiterung zur DP als Bundes- und Landesvorsitzender in Niedersachsen der Partei vor. Er war in seiner Partei zwar eine Autorität, doch nie unangefochten.<sup>40</sup> Bereits 1953 musste er sich auf dem Bundesparteitag bei der Wahl des Bundesvorsitzenden Hans-Christoph Seebohm geschlagen geben. Dieser verzichtete jedoch auf das Amt und überließ es Heinrich Hellwege. Stellvertretender Vorsitzender des einflussreichsten Landesverbandes Niedersachsen war der dortige Justiz- und Kultusminister Richard Langeheine.<sup>41</sup> Ehrgeizig verfolgte er das Ziel, Hellwege vom Vorsitz des Landesverbandes Niedersachsen zu verdrängen. Dritter im Bunde der widerstreitenden Persönlichkeiten war der Vorsitzende der DP-Bundestagsfraktion und Vorsitzende des Bremer DP-Landesverbandes, Herbert Schneider. Auch er verfolgte das Ziel, Hellwege zu verdrängen, reflektierte dabei aber auf dessen Amt als Bundesvorsitzender. Bereits 1958 ließ er sich beim Bundesparteitag der DP als Kandidat für das Amt des Bundesvorsitzenden gegen Hellwege aufstellen, verzichtete dann aber doch auf eine Kampfabstimmung. Letztlich wurde die DP auch das Opfer des politischen Ehrgeizes ihrer Führungspersönlichkeiten.

#### *Eskalation der Auseinandersetzungen und Austritt der Neun aus der DP-Bundestagsfraktion*

Die Diskussionen, denen sich die DP seit Jahren schon zu stellen hatte, spitzten sich angesichts der Bundestagswahl 1961 bereits im Jahr 1959 zu. Die Partei stand vor dem Dilemma: Sollte man wieder ein Wahlbündnis mit der CDU eingehen? War diese überhaupt bereit dazu? Sollte man einen Alleingang wagen, um das eigene Profil zu schärfen? Sollte man eine neue Lösung suchen? Die Antworten, so viel war klar, würden über die Zukunft der Partei entscheiden: Auflösung, Partnerschaft mit der CDU oder Selbständigkeit? Das war das Dreieck, in dem die Führungspersönlichkeiten der DP und einzelne Gremien wie die Bundestagsfraktion taktierten. Adenauer heizte den Konflikt an, indem er die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei und zwischen den einzelnen Persönlichkeiten meisterhaft gegeneinander ausspielte.

So war es Adenauer, der das Ringen um Wahlabsprachen bereits 1959 eröffnete. Er teilte Hans-Joachim von Merkatz, DP-Bundesminister in seinem

<sup>40</sup> Vgl. Meyn: Die Deutsche Partei, S. 152–156.

<sup>41</sup> Richard Langeheine (16. Februar 1900–29. Dezember 1995), 1955–1974 MdL, 1955–1956 Justizminister in Niedersachsen, 1956–1959 und 1965–1970 Kultusminister in Niedersachsen, 1959–1961 Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages, 1953–1960 stellvertretender Landesvorsitzender der DP in Niedersachsen, 1961 Wechsel zur GDP, 1962 Wechsel zur CDU.

Kabinetts, mit der CDU sei nur zu Wahlabsprachen mit der DP bereit, wenn eine Klärung der Verhältnisse zwischen DP und CDU in Niedersachsen erreicht würde.<sup>42</sup> Diese waren zerrüttet, seitdem die DP-Landesregierung in Niedersachsen 1957 eine Koalition mit der SPD eingegangen war. Anstatt im Kontakt mit der Bundesleitung der DP zu treten, verlagerte Adenauer die entscheidenden Verhandlungen über die Zusammenarbeit von CDU und DP im Bund auf die Ebene des Landesverbandes Niedersachsen. Hier konnte er sicher gehen, dass es zu Machtkämpfen zwischen Langeheine und Hellwege sowie zwischen dem selbstbewussten Landesverband Niedersachsen und den anderen, vor allem süddeutschen Landesverbänden kommen würde. Anders als diese argumentierten die Niedersachsen aus der Position einer fest im Land verankerten Partei heraus und traten vehement für die Selbständigkeit der DP ein.

Auf Grund der Anregung Adenauers trafen die Spitze der CDU in Niedersachsen und Vertreter der DP Niedersachsens am 3. Oktober 1959 in Hellweges Haus in Neuenkirchen zusammen. Von Seiten der CDU erschienen Adolf Cillien<sup>43</sup> und Otto Fricke<sup>44</sup>, beides Vertraute Adenauers, sowie August Wegmann<sup>45</sup>. Die DP war mit Heinrich Hellwege, Richard Langeheine, Hans-Joachim von Merkatz und Werner Schönfelder<sup>46</sup> vertreten. Das Gespräch, so hielt von Merkatz<sup>47</sup> fest, gestaltete sich nicht als Verhandlung zweier gleichberechtigter Partner. Die CDU machte deutlich, sie sei weder zu Wahlabsprachen noch zur Änderung des Wahlgesetzes bereit. Ebenso wenig sei sie willens, „das selbständige Nebeneinander DP-CDU zu bejahen“<sup>48</sup>. Cillien bot den DP-Vertretern eine enge Zusammenarbeit – „nicht Fusion“ – an, gleichzeitig lehnte er einen stufenweisen Anschluss der DP an die CDU ab.<sup>49</sup> Die Zusammenarbeit sollte in Form eines Zusammenschlusses von DP und CDU bei „weitgehen-

---

42 Vgl. handschriftliche Gesprächsvermerke von Hans-Joachim von Merkatz, 1959, in: ACDP 01-148-050/03.

43 Adolf Cillien (23. April 1893–29. April 1960), 1946–1951 MdL, 1953–1960 MdB, 1949–1960 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Hannover, 1950–1960 Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen.

44 Otto Fricke (10. März 1902–3. September 1972), 1947–1951 und 1955–1970 MdL, 1952–1968 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Braunschweig, 1960–1968 präsidierender Landesvorsitzender der CDU in Niedersachsen.

45 August Wegmann (21. Oktober 1888–6. Juni 1976), 1946–1953 Verwaltungspräsident von Oldenburg, 1955–1967 MdL, 1955–1957 Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident von Niedersachsen, 1957–1959 Finanzminister von Niedersachsen, CDU.

46 Werner Schönfelder (3. März 1908–22. August 1982), 1947–1970 MdL, DP, seit 1962 CDU.

47 Vgl. handschriftlicher Vermerk von Hans-Joachim von Merkatz, o. D., in: ACDP 01-148-050/03.

48 Ebd.

49 Ebd.

der paritätischer Verteilung der Vorstandsämter auf allen Ebenen“ vollzogen werden.<sup>50</sup> Die CDU ließ der DP nur die Möglichkeit, über dieses Angebot zu entscheiden. Eigene Vorschläge der DP wurden von der CDU nicht zugelassen.

Heinrich Hellwege wollte und konnte Cillien am 3. Oktober keine Antwort auf das Angebot geben. Zuvor musste in verschiedenen Parteigremien diskutiert und darüber abgestimmt werden. Einige Mitglieder der DP-Bundestagsfraktion waren zuvor über die Absichten der CDU informiert worden und unterstützten ihre Initiative.<sup>51</sup> Nicht so der Fraktionsvorsitzende Herbert Schneider, der zur gleichen Zeit in Bremen einen Landtagswahlkampf gegen die CDU führte und daher kein Interesse daran haben konnte, im benachbarten Bundesland mit dieser Partei zu fusionieren. Margot Kalinke dagegen empfand das Angebot Cilliens als „fair“, vor allem weil er deutlich machte, „dass ein besseres nicht kommen würde“.<sup>52</sup>

Um die DP zu einer raschen Entscheidung zu drängen und um die innerparteilichen Kämpfe anzufachen, ließ Cillien Informationen zu den Verhandlungen an die Presse durchsickern, obwohl zuvor Stillschweigen vereinbart worden war. So berichtete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ im Oktober 1959 von Fusionsverhandlungen in Niedersachsen.<sup>53</sup> Sofort beeilten sich das Direktorium der DP, das zuvor offensichtlich nicht über die Gespräche in Neuenkirchen informiert worden war, und die Bundestagsfraktion, die Meldungen zu dementieren. Insbesondere Herbert Schneider giftete gegen die Veröffentlichung: Solche Meldungen in der Presse bedeuteten einen „schwarze[n] Tag“ für die Politik.<sup>54</sup> Beide Gremien waren sich einig, es handle sich nicht um Fusionsverhandlungen, sondern lediglich um ein „inoffizielles Gespräch“ über ein Angebot der CDU.<sup>55</sup> Schneider verfolgte in seiner Stellungnahme der Fraktion durchaus eigene Bremer Interessen, wenn er dazu aufforderte, „alle sogenannten Fusionsverhandlungen und ähnliche Erörterungen unverzüglich zu unterbinden, um damit die Klarheit auch in den eigenen Reihen wiederherzustellen“<sup>56</sup>. So unter Druck geraten, ruderte auch der niedersächsische Landesvorstand zurück und brach weitere Verhandlungen mit der CDU ab. Er stellte fest, die Selbständigkeit der DP müsse weiterhin das Ziel der Partei sein.

50 Meyn: Die Deutsche Partei, S. 64.

51 Vgl. handschriftliche Vermerke von Hans-Joachim von Merkatz, 15. September 1959, in: ACDP 01-148-050/03.

52 Der Abfall, in: Spiegel, Nr. 29, 13. Juli 1960, S. 13–23, Zitat Margot Kalinke S. 20.

53 FAZ, 13. Oktober 1959.

54 Handschriftliches Protokoll zur Sitzung der DP-Bundestagsfraktion am 14. Januar 1959, in: ACDP 01-148-050/03.

55 Rundschreiben der DP-Bundesgeschäftsführung, 15. Oktober 1959, ebd.

56 Telegramm Schneider an Landesvorstand Niedersachsen, 15. Oktober 1959, ebd.

Da das Manöver der CDU nicht den gewünschten Erfolg gebracht hatte, schaltete sich Adenauer persönlich ein und empfing am 21. Oktober 1959 Hellwege, Cillien und Vertreter der DP-Bundestagsfraktion, um ein vermittelndes Gespräch zu führen. Dabei wichen die Vertreter der CDU nicht von ihrer Position ab und verneinten alle Vorschläge der DP.<sup>57</sup> Man trennte sich, ohne ein Ergebnis erzielt zu haben. Adenauers Autorität hatte keine Wirkung gehabt. Bei ihm blieb der Eindruck zurück, die „ganze Angelegenheit“ sei „äußerst schwierig“.<sup>58</sup>

Mit diesen Initiativen hatte die CDU schließlich den Bogen überspannt. Sie hatte zuviel Druck auf die Führung der DP aufgebaut. Statt „Anhänglichkeit“ einer verzweifelten DP zu erreichen, reagierte die DP offensiv. Dies erkannte auch Margot Kalinke. Sie warnte: „Eine psychologisch falsche und zu schnelle, u. U. gar erpresste Fusion würde die Gefahr haben, dass sich in einer dann bestehenden bleibenden Rest-DP radikale Kräfte sammeln könnten.“ Die CDU sei nicht in der Lage, diese Kräfte aufzunehmen oder zu neutralisieren.<sup>59</sup> Insofern seien die „Cillien-Vorschläge und die Art der Diskussion über diese Probleme psychologisch falsch und politisch ungut“.<sup>60</sup> Auch berge das Vorgehen der CDU die Gefahr, die DP zu radikalisieren. Sie fürchtete, „starke oppositionelle Kräfte, die unter der Führung der DP bisher nicht zum Tragen kamen“, könnten „eine Frontstellung gegen die CDU beziehen“.<sup>61</sup>

Dennoch ließ Adenauer nicht von seinem Kurs ab. Die CDU gab in inoffiziellen Gesprächen noch 1959 bekannt, sie plane, die FDP an der Bundesregierung zu beteiligen.<sup>62</sup> Dies machte Wahlabsprachen und die Einbindung der DP an der Regierungsbildung 1961 endgültig abwegig.

Schließlich forderte Adenauer von Christian Kuhlemann<sup>63</sup>, dem Präsidenten der hannoverschen Industrie- und Handelskammer und des Instituts für die Niedersächsische Wirtschaft, das die bürgerlichen Parteien im Wahlkampf monetär unterstützte, der DP „den Gashahn“ zuzudrehen<sup>64</sup> – wohl wissend, dass Kuhlemann selbst der DP angehörte. Hellwege empfand dies naturgemäß als „Drohung“, und Schneider schimpfte: „Das ist Demokratie wie man sie im Kloster in Maria-Laach lernt – mein lieber Mann, da nehme ich doch

---

57 Vgl. handschriftliches Protokoll, 21. Oktober 1959, ebd.

58 Schreiben Globke an von Keudell zu den Gesprächen, 23. Oktober 1959, ebd.

59 Vgl. Schreiben Kalinke an von Merkat, 24. Oktober 1959, ebd.

60 Vermerk von Kalinke für von Merkat zu einem Gespräch mit Gerstenmaier, 24. Oktober 1959, ebd.

61 Schreiben Kalinke an von Merkat, 24. Oktober 1959, ebd.

62 Vgl. handschriftlicher Vermerk zu Gesprächen von Kalinke und Gerstenmaier, 25. Oktober 1959, ebd.

63 Christian Kuhlemann (4. Februar 1891–3. September 1964), 1949–1953 MdB, DP.

64 Hannoversche Presse, 31. Oktober 1959.

das Buschmesser zwischen die Zähne. Das ist doch die schlimmste, brutalste Erpressung, die es gibt.“<sup>65</sup>

In dieser aufgeheizten Stimmung kamen am 30. Oktober 1959 die Delegierten der DP in Niedersachsen zu einem Landesparteitag in Verden zusammen, um über das Neuenkirchener Angebot der CDU zu entscheiden. Von Merkatz wie auch Kalinke kritisierten, die Delegierten seien „völlig unvorbereitet“ gewesen und nur mit der Frage konfrontiert worden: „Willst Du selbständig bleiben oder mit der CDU fusionieren?“<sup>66</sup> So blieb die DP Niedersachsens „gefangen in der Ablehnung eines Huckepacksystems“<sup>67</sup> und lehnte jegliche Zusammenarbeit mit der CDU ab. Die Neuenkirchener Verhandlungen waren damit endgültig gescheitert.

Der Landesparteitag von Verden machte deutlich, wie die Entscheidung über die Zukunft der DP in das Machtspiel zwischen den Protagonisten der Partei geriet und darin zerrieben wurde. Herbert Schneider trat aus taktischen Gründen gegen die Fusion mit der CDU ein, um seine Position im Bremer Landesverband zu sichern. Gleichzeitig konnte er sich so gegen Hellwege positionieren, der sich auf die Verhandlungen mit der CDU eingelassen hatte. Allerdings streckte er parallel auch „recht massive Fühler“ in Richtung CDU aus.<sup>68</sup> Schneider erschien so in zwiespältiger Stellung. Er war „der Vertreter der selbstbewussten Koalitionstreue, die nach seiner Ansicht aber unter keinen Umständen der absoluten Eigenständigkeit der Deutschen Partei gegenüber der CDU Abbruch tun darf“.<sup>69</sup> Wie er diesen Spagat erreichen wollte, konnte er indes nicht formulieren.

Heinrich Hellwege verfolgte in seiner Haltung zur CDU nie einen eindeutigen Kurs: So führte er in Niedersachsen eine Regierungskoalition mit der SPD, nahm aber gleichzeitig Verhandlungen mit der CDU auf. Letztendlich lehnte er deren Vorschläge jedoch ab und betonte die Selbständigkeit der DP auch für die Zukunft. Angesichts der innerparteilichen Entwicklungen, sah er sich in seiner Position durch Schneider und Langeheine bedroht. Hellwege positionierte sich schließlich gegen die CDU. Er versuchte so einerseits Schneider

---

65 Ebd. Schneider spielte damit auf Konrad Adenauers Aufenthalt im Kloster von Maria Laach an, wo er 1933 und 1934 Schutz vor Verfolgung durch die Nationalsozialisten gesucht hatte. Gleichzeitig griff er bewusst das katholische Element in der CDU an und versuchte die konfessionellen Gräben zwischen DP und CDU zu betonen.

66 Hans-Joachim von Merkatz: Die Deutsche Partei, die CDU und wir, 20. September 1960, in: BA N 1178/5; zu den Äußerungen von Margot Kalinke vgl. Der Abfall, in: Spiegel, Nr. 29, 13. Juli 1960.

67 Hans-Christoph Seebohm: Die Entwicklung der Deutschen Partei seit 1953, 1961, in: ACDP 01-026-004/4.

68 Von Merkatz: Die Deutsche Partei, die CDU und wir, 20. September 1960, in: BA N 1178/5

69 Düsseldorf Nachrichten, 3. Mai 1960.

„den Wind aus den Segeln zu nehmen“<sup>70</sup> und andererseits eine Gegenposition zu Langeheine einzunehmen. Hellweges Haltung war taktischen Überlegungen geschuldet und verriet nichts über seine eigentliche Haltung gegenüber der CDU.

Langeheine hatte anfangs die Vorschläge der CDU unterstützt, drehte sich dann um „180°“, als er die Aussichtslosigkeit seiner Haltung erkannte.<sup>71</sup> Auch er trat nun mit Macht gegen die Fusion mit der CDU ein und versuchte, Hellwege als Gegner der CDU in den Schatten zu stellen. Als neues Ziel hatte er sich die Etablierung einer dritten konservativen Kraft unter Führung der DP gesetzt.

Die Tagung von Verden hatte die Haltung des stärksten Landesverbandes entschieden. Dieser stand damit im Widerspruch zur Bundestagsfraktion, die sich mehrheitlich für einen Anschluss an die CDU aussprach. Aber auch andere Landesverbände votierten für diese Lösung oder aber für die Bildung einer dritten Kraft. Kalinke schloss für sich, das Ergebnis von Verden stelle nicht „Glück, sondern die Möglichkeit zu einem Unglück“ dar.<sup>72</sup> Von diesem Zeitpunkt an ist die Abdrängung der Bundestagsfraktion aus den politischen Diskussionen und Entscheidungen, die in der Parteileitung unter massivem Einfluss des niedersächsischen Landesverbandes getroffen wurden, zu verzeichnen. Die Spannungen zwischen Bundestagsfraktion und dem niedersächsischen Landesverband nahmen kontinuierlich zu. So druckte der DP-Dienst Niedersachsens eine Erklärung der Fraktion zur Lage der DP nur in völlig veränderter Form ab.<sup>73</sup> Im November 1959 forderte Langeheine die Bundesabgeordneten in einer gemeinsamen Sitzung von Bundestagsfraktion und niedersächsischer Landtagsfraktion auf, die Verdener Beschlüsse endlich als „Realität“ zu „respektieren“.<sup>74</sup> Auch aus der Bundesführung der DP wurden die Abgeordneten ausgegrenzt. Die Januar-Sitzung des Direktoriums wurde auf eine Bundestagssitzungswoche terminiert, was die Teilnahme der Abgeordneten an der Sitzung ausschloss.<sup>75</sup>

Bei einer gemeinsamen Sitzung von niedersächsischem Landesvorstand und Bundestagsfraktion am 28. Januar 1960 wurde schließlich in heftigen Debatten deutlich, dass sich die beiden Positionen nicht vereinbaren ließen. Während Langeheine dafür eintrat, der „Hybris der CDU“ Einhalt zu gebieten,

---

70 Von Merkatz: Die Deutsche Partei, die CDU und wir, 20. September 1960, in: BA N 1178/5.

71 Hans-Joachim von Merkatz: Unser Weg in die Union, in: ACDP 01-026-002/4.

72 FAZ, 10. Juni 1960.

73 Vgl. Schreiben Kalinke an Hellwege, 13. November 1959, in: ACDP 01-148-050/03.

74 Handschriftliches Protokoll, 17. November 1959, ebd.

75 Vgl. Beschwerdebrief Kalinke an Hellwege, 5. Januar 1960, in: ACDP 01-026-004/3.

völlige Koalitionsfreiheit nach allen Seiten zu bewahren und eine Koalition mit der CDU nur „ohne Preis“ einzugehen, wehrten sich die Abgeordneten.<sup>76</sup> Kalinke machte deutlich, die Verdener Beschlüsse seien „nicht geeignet [...], den Weg in die Zukunft zu wagen.“<sup>77</sup> Von Merkatz trat klar für den Anschluss an die CDU ein. Man müsse bedenken, die CDU sei „keine Einheit“ und es gelte, den konservativen Flügel der CDU zu stärken. Hier könne die DP ein „mahndendes Gewissen“ sein.<sup>78</sup> Kern der Verdener Beschlüsse sei schließlich die Bewahrung der Handlungsfreiheit, verkleidet in der Forderung nach Eigenständigkeit. Handlungsfreiheit könne man als konservativer Flügel der Volkspartei CDU ebenso entfalten wie als DP.<sup>79</sup>

Der niedersächsische Landesverband hatte längst die Führung innerhalb der Partei übernommen, wie sich an diesen Entwicklungen zeigte. Langeheine erscheint als Sprachrohr der Partei, während Hellwege und die Bundesleitung der Partei schwiegen und außen vor blieben. Es hat fast den Anschein, als habe Hellwege die Verantwortung an Langeheine abgetreten und sich aus der aktiven Parteiführung zurückgezogen.

Im Februar 1960 nahmen Kalinke und Schneider wieder Verhandlungen mit der CDU auf, um nochmals die Möglichkeit einer Wahlabsprache für die Bundestagswahl 1961 zu besprechen.<sup>80</sup> Sie kamen damit Forderungen Langeheines nach. Dieser spekulierte darauf, eine endgültige Absage der CDU zu provozieren und damit den Weg zur Bildung einer dritten Kraft frei zu machen. Mit diesem Hintergedanken und ohne die Bundestagsfraktion zu informieren, nahm Langeheine gleichzeitig Verhandlungen mit der FDP im Bund auf, um eine Fusion von DP und FDP in Niedersachsen zu beraten.<sup>81</sup> Im März berichtete er dem niedersächsischen Landesvorstand von den Gesprächen, jedoch unter der Auflage strengster Geheimhaltung. Margot Kalinke, selbst Mitglied des Landesvorstandes Niedersachsen, sah in diesem Vorstoß Langeheines einen solchen Vertrauensbruch, dass sie die Bundestagsfraktion darüber informierte.<sup>82</sup> Ihre Entscheidung, die Kollegen der Fraktion einzuwei-

76 Handschriftliches Protokoll, 28. Januar 1960, ebd.

77 Ebd.

78 Ebd.

79 Vgl. ebd.

80 Adenauer berichtete auf der CDU-Bundesvorstandssitzung am 29. Januar 1960, Kalinke und Schneider hätten ihn um ein Gespräch gebeten. Bevor er sich mit ihnen treffe, wolle er jedoch mit Vertretern der CDU in Niedersachsen beraten, welche weitere Entwicklung zu erwarten sei. Das Treffen fand am 8. Februar 1960 statt. Vgl. Protokoll, 29. Januar 1960, in: Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“. Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961. Bearb. von Günter Buchstab (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 24). Düsseldorf 1994, S. 590.

81 Vgl. Der Abfall, in: Spiegel, Nr. 29, 13. Juli 1960, S. 13–23, hier S. 20.

82 Vgl. ebd.

hen, beschleunigte den Prozess der Entfremdung. Die Abgeordneten der DP befürchteten zu Recht, es handle sich dabei um den Versuch, eine neue bürgerliche Koalition gegen die CDU zu bilden, während sie selbst keinen Grund für die Aufkündigung der Koalition mit der CDU sahen.

Im Vorfeld des Bundesparteitages der DP in Heilbronn am 7. Mai 1960 schaltete sich erneut Adenauer in die Geschicke der DP ein. Er provozierte wiederum Konfrontationen, indem er öffentlich erklärte, die DP müsse „sich erst einmal einen Vorsitzenden schaffen“, bevor weitere Verhandlungen möglich seien.<sup>83</sup> Dies konnte man als Empfehlung zur Abwahl Hellweges vom Amt des Bundesvorsitzenden und Wahl Schneiders, der sich einer Kampfkandidatur um das Amt des Bundesvorsitzenden stellte, verstehen. Der Parteitag geriet zu einer „offene[n] Feldschlacht“.<sup>84</sup> Hellwege konnte sich mit 144 zu 130 Stimmen knapp gegen Schneider durchsetzen, weil er den niedersächsischen Landesverband zusammen mit den Landesverbänden Baden-Württemberg und Bayern hinter sich versammeln konnte. Schneiders Unterstützung durch die Landesverbände Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein reichte nicht aus, um einen Wechsel in der Parteiführung herbeizuführen. Margot Kalinke und auch Hans-Christoph Seebohm nutzten den Parteitag, sich aus Führungspositionen zurückzuziehen. Kalinke kandidierte mit der Begründung „große[r] Arbeitsüberlastung“<sup>85</sup> nicht wieder für das Direktorium, und Seebohm gab sein Amt als Schatzmeister ab.

Konnte sich Hellwege auf dem Bundesparteitag noch als Bundesvorsitzender durchsetzen, verlor er seine Position in Niedersachsen am 9. Juni 1960. Auf dem Landesparteitag in Peine erreichte Langeheine eine Satzungsänderung, die die Personalunion von Bundes- und Landesvorsitzendem ausschloss und Hellwege daher zwang, sein Amt als Landesvorsitzender an Langeheine abzugeben.<sup>86</sup> Dies war eine Entmachtung Hellweges. Darüber hinaus kam es zwischen Langeheine und Kalinke zu einem „Disput, der in aller wünschenswerte[r] Deutlichkeit die nun unüberbrückbar gewordenen Fronten markierte“.<sup>87</sup> Während Langeheine der Bundestagsfraktion „Schleppenträgerdienste“ für die CDU vorwarf, konterte Kalinke damit, der Landesverband Niedersachsen leiste „Schleppenträgerdienste“ für die FDP.<sup>88</sup> Kalinke beschwerte sich später bei Hellwege, Langeheine hätte sie „in der ungehörigsten Weise beleidigt“

83 Düsseldorf Nachrichten, 3. Mai 1960.

84 Meyn: Die Deutsche Partei, S. 65.

85 Schreiben Hellwege an Kalinke, 27. Mai 1960, in: ACDP 01-026-002/4.

86 Vgl. Meyn: Die Deutsche Partei, S. 67.

87 Vgl. Der Abfall, in: Spiegel, Nr. 29, 13. Juli 1960, S. 13–23, hier S. 21.

88 Ebd.

angegriffen.<sup>89</sup> Die Auseinandersetzung gipfelte schließlich in der vorzeitigen Abreise von Kalinke und von Merkatz vom Parteitag.

Wie weit die Entwicklung inzwischen fortgeschritten war, zeigt auch die Zusage Adenauers vom 24. Juni 1960, die beiden DP-Minister Hans-Joachim von Merkatz und Hans-Christoph Seebohm in seinem Kabinett auch ohne Fraktionsanhang in ihrem Ämtern zu belassen. Er wolle das Kabinett nicht ein Jahr vor der Bundestagswahl umbilden.<sup>90</sup> Der „Spiegel“ kommentierte süffisant: „Der alte Herr, der sich nicht mehr gern an neue Gesichter gewöhnt“.<sup>91</sup>

Nach der Entmachtung Hellweges verfolgte Langeheine verstärkt seine Fusionspläne. Für Ende Juni waren erneut geheime Gespräche zwischen DP und FDP angesetzt. Diese wurden jedoch durch eine Unachtsamkeit des FDP-Abgeordneten Kohut<sup>92</sup> am 26. Juni 1960 öffentlich. Während Hellwege, Langeheine und Schneider dies dementierten oder verharmlosten, ließ sich Kalinke bei dem früheren FDP-Bundesvorsitzenden Thomas Dehler<sup>93</sup> die Angaben bestätigen.<sup>94</sup> Nun schien ein Austritt der Bundestagsfraktion aus der DP kaum noch aufzuhalten. Der konkrete Anlass bot sich am 29. Juni 1960 schneller als erwartet. Nach einer Sitzung der Bundestagsfraktion gab Schneider der „Frankfurter Rundschau“ ein Interview, in dem er zum Rundumschlag gegen die Anhänger der CDU ausholte.<sup>95</sup> Er bestätigte öffentlich, dass die Fraktion vor der Spaltung stehe, da nicht alle die Affinität zur CDU teilten. Diese Spaltung sei wahrscheinlich am 7. August fällig, da von Merkatz mit diesem Tag als Bundesratsminister pensionsberechtigt würde und keine Gefahr mehr laufe, durch eine etwaige Entlassung aus dem Ministeramt finanzielle Nachteile zu erleiden. Zu Kalinke bemerkte er: „Tun Sie mir einen Gefallen. Schreiben Sie, dass Frau Kalinke bei der DP sowie so nicht mehr aufgestellt wird.“<sup>96</sup> Kalinke sah daraufhin Handlungsbedarf. Tatsächlich hatten die Abgeordneten bereits vorher ihren Austritt aus der DP beschlossen oder ins Auge gefasst<sup>97</sup>, den Termin auf Drängen Kalinkes aber von der Pensionsberechtigung von Merkatz' abhängig gemacht.<sup>98</sup> Nun drohte

89 Schreiben Kalinke an Hellwege, 1. August 1960, in: ACDP 01-026-002/4.

90 Vgl. Hans-Christoph Seebohm: In eigener Sache, 15. August 1960, in: BA N 1178/5.

91 Vgl. Der Abfall, in: Spiegel, Nr. 29, 13. Juli 1960, S. 13–23, hier S. 23.

92 Oswald Adolph Kohut (19. Januar 1901–23. Juli 1977), 1954–1957 MdL, 1957–1965 MdB, FDP.

93 Thomas Dehler (14. Dezember 1897–21. Juli 1967), 1946–1949 MdL, 1949–1967 MdB, 1949–1953 Bundesjustizminister, 1954–1957 Bundesvorsitzender der FDP.

94 Vgl. Der Abfall, in: Spiegel, Nr. 29, 13. Juli 1960, S. 13–23, hier S. 23.

95 Frankfurter Rundschau, 29. Juni 1960.

96 Ebd.

97 Wann diese Entscheidung fiel, lässt sich nicht nachvollziehen.

98 „Du wirst Verständnis dafür haben, dass wir auf unserem Freund von Merkatz aus Gründen einer kameradschaftlichen Zusammenarbeit nicht die Verdächtigung sitzen lassen

dies aber von Merkatz öffentlich in Verruf zu bringen, was Kalinke nicht akzeptieren konnte. Am nächsten Tag, dem 30. Juni 1960, versammelte sie die übertrittswilligen Abgeordneten in ihrer Wohnung, um die Modalitäten eines Parteiaustritts zu vereinbaren. Sie war in dieser Situation die treibende Kraft der Spaltung.

Hellwege erkannte, dass mit dem Schneider-Interview die Zukunft der DP vor der Entscheidung stand und versuchte mit einem Schreiben an von Merkatz zu intervenieren. Kalinke sei der Feind „im Schafspelz des Freundes“. Sie habe in den letzten Monaten ihre Position in der DP unmöglich gemacht und ihr bliebe nur der Übertritt zur CDU, wenn sie sich weiterhin politisch betätigen wolle. Hellwege hatte Kalinke zu diesem Zeitpunkt bereits aufgegeben und war nun bemüht, eine ganze Austrittswelle zu verhindern.<sup>99</sup> Doch Hellweges Brief vom 1. Juli erreichte von Merkatz nicht rechtzeitig. Noch am gleichen Tag trat der „Ministerflügel“ aus der Partei und Bundestagsfraktion aus: Hans-Christoph Seebohm, Hans-Joachim von Merkatz, Margot Kalinke, Ludwig Preiß<sup>100</sup>, Victor-Emanuel Preusker<sup>101</sup>, Wilhelm Probst<sup>102</sup>, Georg Ripken<sup>103</sup>, Heinrich Schild<sup>104</sup> und Willy Steinmetz verließen das sinkende Schiff. Nur Herbert Schneider, Heinz Matthes<sup>105</sup>, Peter Tobaben<sup>106</sup>, Helmuth Schranz<sup>107</sup> und Ludwig Schneider<sup>108</sup> verblieben in der DP, die ihren Fraktionsstatus und die damit verbundene Teilhabe an Bundestagsausschüssen verlor. Kalinke selbst übergab eine Stellungnahme der Abgeordneten an den Präsidenten

---

durften, dass er seine politische Entscheidung in Verbindung mit seinem 55. Geburtstag bringen würde. Ich selbst habe im Laufe der vergangenen Monate immer wieder diejenigen Kollegen, die meinten nicht länger warten zu können, herzlich und dringend gebeten, auf diesen Termin Rücksicht zu nehmen; Herr von Merkatz hat das seinerseits niemals getan.“ Schreiben Kalinke an Heinz Matthes, 7. Juli 1960, in: ACDP 01-148-051/01.

99 Vgl. Schreiben Hellwege an von Merkatz, 1. Juli 1960, ebd.

100 Ludwig Preiß (25. Juli 1910–14. Mai 1996), 1949–1961 und 1964–1972 MdB, FDP, seit 1956 FVP, seit 1957 DP, seit 1960 CDU.

101 Victor-Emanuel Preusker (25. Februar 1913–13. Mai 1991), 1949–1961 MdB, 1953–1957 Bundesminister für Wohnungsbau, FDP, seit 1956 FVP, seit 1957 DP, seit 1960 CDU.

102 Wilhelm Probst (11. August 1912–22. Januar 1979), 1957–1961 MdB, DP, seit 1960 CDU.

103 Georg Ripken (10. Mai 1900–26. Oktober 1962), 1958–1961 MdB, DP, seit 1960 CDU.

104 Heinrich Schild (22. Oktober 1895–18. Februar 1978), 1953–1961 MdB, DP, seit 1960 CDU.

105 Heinz Matthes (13. April 1897–2. Juli 1976), 1949–1961 MdB, 1953–1960 Parlamentarischer Geschäftsführer der DP-Bundestagsfraktion, DP, seit 1961 GDP.

106 Peter Tobaben (1. Juli 1905–17. Dezember 1972), 1955–1957 MdL, 1949–1953 und 1957–1972 MdB, DP, seit 1961 CDU.

107 Helmuth Schranz (7. Januar 1897–7. Mai 1968), 1953–1961 MdB, DP, seit 1961 GDP.

108 Ludwig Schneider (20. September 1898–23. April 1978), 1949–1957 und 1958–1961 MdB, FDP, seit 1956 FVP, seit 1957 DP, seit 1961 CDU.

des Bundestages und an den CDU-Fraktionsgeschäftsführer Will Rasner.<sup>109</sup> Kalinke trat insgesamt als Initiatorin und Organisatorin des Übertritts auf. Das wird nicht nur aus der Berichterstattung des „Spiegel“ deutlich, sondern auch aus den Stellungnahmen leitender DP-Mitglieder. Neben Hellwege schimpfte auch der DP-Generalsekretär Wilderich Graf von Galen<sup>110</sup> gegen Kalinke: Die Spaltung der DP sei eine „Kurzschlusshandlung“, die „fast ausschließlich durch Frau Kalinke ausgelöst wurde.“<sup>111</sup>

Herbert Schneider hatte sich mit seinem Taktieren im Vorfeld so ins Abseits manövriert, dass er sich nicht den Neun anschließen konnte. Sie kritisierten, er habe sich nicht dazu durchringen können, offen Stellung in der Auseinandersetzung zwischen der niedersächsischen DP und der DP im Bund und im Bundestag zu beziehen.<sup>112</sup> Mit dem Interview in der „Frankfurter Rundschau“ hatte er sich endgültig selbst aus dem Kreis um Kalinke ausgegrenzt.

Heinrich Hellwege und die Parteileitung reagierten hart. Der Übertritt sei „unfair und üble Brunnenvergiftung“.<sup>113</sup> Öffentlich erklärte die Partei, die Abgeordneten seien allein aus Angst um ihr Mandat aus der Partei ausgeschieden.<sup>114</sup> Die Presse griff die Erklärung der Partei nur allzu gern auf, allein der „Spiegel“ bemühte sich um eine ausgeglichene Berichterstattung, um die Hintergründe für den Parteiwechsel aufzudecken. Er ließ auch die Neun zu Wort kommen und zitierte Kalinke: „Hellwege führt nicht. Er schweigt, wo er reden und handeln müsste.“<sup>115</sup> Damit thematisierte von der bundesdeutschen Presse nur der „Spiegel“ ausführlich die internen Auseinandersetzungen und das Führungsvakuum in der DP.

Noch am Tage des Übertritts boten Seebohm und von Merkat dem Bundeskanzler ihren Rücktritt an.<sup>116</sup> Dieser lehnte die Gesuche jedoch, wie bereits angekündigt, ab. Hierbei offenbarte Adenauer, er sei „über die Verhandlungen mit der FDP und ihren Inhalt genau unterrichtet“ gewesen.<sup>117</sup> Offenbar hatte Adenauer die selbstzerstörerische Dynamik erkannt, die von der eigenmächtigen Kontaktaufnahme von DP und FDP in Niedersachsen ausging und deshalb keinen weiteren Handlungsbedarf von seiner Seite gesehen.

109 Vgl. Der Abfall, in: Spiegel, Nr. 29, 13. Juli 1960, S. 13–23, hier S. 15. – Will Rasner (14. Juni 1920–15. Oktober 1971), 1953–1971 MdB, 1955–1971 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Bundestagsfraktion, CDU.

110 Wilderich Graf von Galen (\*1913), 1956–1961 DP-Generalsekretär.

111 Schreiben von Galens an von Merkat, 6. Juli 1960, in: ACDP 01-148-051/01.

112 Vgl. von Merkat: Unser Weg in die Union, in: ACDP 01-026-002/4.

113 Die Welt, 2. Juli 1960.

114 Vgl. dpa-Meldung, 2. Juli 1960.

115 Der Abfall, in: Spiegel, Nr. 29, 13. Juli 1960, S. 13–23, hier S. 18.

116 Vgl. Schreiben Seebohm an Adenauer, 1. Juli 1960, in: ACDP 01-148-051/01.

117 Schreiben Seebohm an Albert Walter, 8. Juli 1960, in: BA N 1178/5.

Heinrich Hellwege empfand den Austritt der Neun nicht nur als parteipolitischen, sondern auch als persönlichen Schlag. Er fühlte sich aufs tiefste gekränkt, zumal er von Weggefährten verlassen worden war, die ihn seit Gründung der NLP/DP begleitet hatten. In der Sitzung des Direktoriums am 2. Juli erlitt er deshalb offensichtlich einen „leichten Nervenzusammenbruch“ und erklärte, „er könne nicht mehr und wolle sein Amt niederlegen“.<sup>118</sup> Es gelang der Partei aber noch, ihn zur Weiterarbeit zu bewegen. Als die DP 1961 allerdings vor der Frage stand, eine Fusion mit dem GB/BHE einzugehen, legte Hellwege sein Amt nieder und trat ebenfalls zur CDU über.

Der Bundesvorsitzende war nicht in der Lage gewesen, einen Ausweg aus dem Dilemma der DP zu finden. Er hatte die widerstreitenden Interessen von niedersächsischer Landespartei und Bundestagsfraktion nicht koordinieren können, womöglich, weil er sich selbst über seine Position nicht im Klaren war. Zum einen war er daran interessiert, die DP als eigenständige politische Kraft zu erhalten. Insbesondere in seinem Heimatland Niedersachsen war die DP gut aufgestellt und Regierungsbeteiligungen schienen auch für die Zukunft nicht ausgeschlossen. Zum anderen war ihm bewusst, dass die DP auf Bundesebene keine nennenswerte Rolle mehr spielte und Gefahr lief, konservative Werte politischer Radikalisierung preiszugeben. Als Bundes- und Landesvorsitzender vertrat Hellwege jeweils grundsätzlich widerstrebende Interessen. Die Unfähigkeit, sich für eine Position zu entscheiden, lähmte ihn. Diese offensichtliche Führungsschwäche eröffnete schließlich insbesondere Richard Langeheine die Möglichkeit, maßgeblich in die Entwicklung einzugreifen. Als dieser Hellwege aus dem Amt des Landesvorsitzenden von Niedersachsen verdrängte, waren die Ereignisse bereits weit fortgeschritten, und Hellwege hatte einen Großteil seiner Autorität eingebüßt. Ein spätes Einlenken auf die Position der Bundestagsfraktion kam nicht mehr in Frage, hätte sie doch den endgültigen Gesichtsverlust Hellweges bedeutet. Er hielt seine Position folglich ein und der DP blieb in offiziellen Stellungnahmen nichts anderes übrig, als die Neun zur Niederlegung der Mandate und Ausschussmitgliedschaften im Bundestag aufzufordern.

#### *Stellungnahmen von Merkatz', Seebohms und Kalinkes zu ihrem Parteiwechsel*

Die Bundestagsabgeordneten lehnten eine Niederlegung ihrer Ämter grundsätzlich ab, da weder eine satzungsmäßige noch politische Notwendigkeit zu diesem Schritt vorlag. Sie seien auf Grund der Wahlabsprachen ohnehin

---

118 Gedächtnisprotokoll, 2. Juli 1960, in: ACDP 01-148-051/01.

mehrheitlich von CDU-Wählern gewählt worden. Darüber hinaus hätten sie die Stimmen für das von ihnen vertretene Programm der Regierungskoalition von CDU und DP erhalten. Nicht die Abgeordneten hätten ihre Position aufgegeben, vielmehr hätte sich die DP von ihrer traditionellen Politik abgewandt.

Hans-Joachim von Merkatz stellte seinen Übertritt zur CDU in den großen Kontext der Evolution der deutschen Parteienlandschaft. Für ihn war die Deutsche Partei „an nichts anderem zerbrochen als an sich selbst“, da es ihr nicht gelungen sei, sich im System der neuen Volksparteien zu positionieren.<sup>119</sup> Es sei der DP „misslungen“, die „Position einer national-konservativen Partei im Bundesstab zu gewinnen“ und sie zu einer „wirklich stabilisierenden, modernen konservativen Partei“ zu entwickeln.<sup>120</sup> Sie habe versäumt, „national führende“ Wähler an sich zu binden. Es sei die Aufgabe der DP gewesen, diese „an den heutigen deutschen Staat heranzuführen“, ihre „Mitverantwortung zu wecken“ und „ihnen die politische Gegenwart und Zukunft einsichtig zu machen“. Nun seien diese Wähler von der politischen Entwicklung enttäuscht. Zugleich habe ein Konzentrationsprozess innerhalb der Parteienlandschaft eingesetzt, der zur Bildung großer Volksparteien führe. Diese Volksparteien vereinten verschiedenste gesellschaftliche Gruppen, Schichten und Interessenvertretungen, so dass ein „Ausgleich widerstreitender Interessen in sich selbst“ ermöglicht werde, „bevor es zu einer parlamentarischen Entscheidung kommt“. In dieser veränderten Parteienlandschaft könnten Vertreter von Partikularinteressen und kleine Parteien nicht mehr bestehen. Da bei der DP „in allen wesentlichen politischen Fragen mit der CDU Übereinstimmung“ herrsche, sei ein Anschluss an die Volkspartei CDU nunmehr notwendig, um das politische Kernziel der DP weiter verfolgen zu können: die Bewahrung des Konservativen in der praktischen Politik. Es sei ein „Gebot der politischen Einsicht“, den konservativen Flügel der CDU zu stärken. Von Merkatz erachtete den Wechsel zur CDU also als notwendige Reaktion auf die Weiterentwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems.

Daneben übte er Kritik an der Leitung der DP. Die Führung der Partei habe angesichts der Herausforderungen versagt und sich „lähmende[r] Verdrossenheit“ hingegeben. Anstatt neue politische Wege einzuschlagen, um das konservative Element in der Politik zu wahren, habe man in Fusionsverhandlungen lediglich die Sicherung der eigenen Position gesucht und „typische Funktionärspolitik“ betrieben.<sup>121</sup> Die Verhandlungen der Parteileitung mit der FDP sowie die

119 Entwurf eines Schreibens von Merkatz an einen unbekanntem Adressaten, o. D., in: ACDP 01-148-051/01.

120 Von Merkatz: Die Deutsche Partei, die CDU und wir, 20. September 1960, in: BA N 1178/5. Folgende Zitate, ebd.

121 Von Merkatz: Unser Weg in die Union, in: ACDP 01-026-002/4. Folgende Zitate, ebd.

Ausgrenzung der Bundestagsfraktion von wichtigen Entscheidungen hätten die Kabinetts- und Fraktionsmitglieder darüber hinaus in eine „peinliche Lage“ versetzt, die nicht hingenommen werden könne. Von Merkatz befürchtete, die schwache Position der Abgeordneten in der eigenen Partei könnte sich auch auf ihre Stellung im Kabinett und Parlament auswirken. Die persönlichen Auseinandersetzungen hätten inzwischen zu „unüberbrückbaren Gegensätzen“ geführt.

Hans-Christoph Seebohm argumentierte weniger (partei-)politisch, sondern aus einem Gefühl der gekränkten Ehre heraus. Seinen ersten Bruch mit der DP-Führung führte er auf die Koalitionsverhandlungen der niedersächsischen DP mit der SPD zwecks Koalitionsbildung in Niedersachsen zurück. Dies sei für ihn als DP-Landesvorsitzenden Hamburgs während der Bürgerschaftswahlen in der Hansestadt 1957 ein „Dolchstoß“ gewesen.<sup>122</sup> Er kritisierte weiter die Ausgrenzung der DP-Bundestagsfraktion und der Bundesminister aus den Verhandlungen mit der FDP. Die mangelnde Unterrichtung der Bundesminister sei eine „Kränkung von außerordentlichem Ausmaß“, die zum Verlust ihrer Glaubwürdigkeit im Kabinett geführt habe.<sup>123</sup> Ziel der Parteileitung sei offensichtlich gewesen, die Bundesminister und Fraktionsangehörigen „durch vollendete Tatsachen bis auf die Knochen zu blamieren“, was eine „kaum zu überbietende, unter Freunden unmögliche Treulosigkeit“ darstellte.<sup>124</sup> Auch dass die Parteileitung Verhandlungen mit der FDP aufgenommen hatte, nachdem das liberale Parteiorgan „Das Freie Wort“ heftige Angriffe gegen Seebohm veröffentlicht hatte, war für Seebohm ein Vertrauensbruch.<sup>125</sup>

Margot Kalinke bezog in einem ausführlichen persönlichen Schreiben an Heinrich Hellwege Stellung zu ihrem Austritt aus der Partei. Sie begründete ihre Entscheidung auf zwei Ebenen: zum einen mit einem politischen Bruch mit der DP, zum anderen mit einem persönlichen Bruch mit Hellwege. Wie von Merkatz erachtete sie die Organisation der DP als nicht mehr zweckmäßig.

122 Hans-Christoph Seebohm: Die Entwicklung der Deutschen Partei seit 1953, in: ACDP 01-026-004/4.

123 Hans-Christoph Seebohm: In eigener Sache, 15. August 1960, in: BA N 1178/5. Vgl. Schreiben Seebohm an Hellwege, 3. Juli 1960, in: ACDP 01-148-051/01.

124 Seebohm: Die Entwicklung der Deutschen Partei seit 1953, in: ACDP 01-026-004/4.

125 Vgl. Schreiben Seebohm an Hellwege, 3. Juli 1960, in: BA N 1178/5. Die Wochenzeitung „Das Freie Wort“ forderte mehrfach Seebohms Rücktritt. Am deutlichsten wurde sie am 16. April 1960: „Die überaus ernste außenpolitische Situation, in der sich die Bundesrepublik am Vorabend der Gipfelkonferenz [in Paris] befindet, lässt es angeraten erscheinen, dass sich das Kabinett rechtzeitig von einem Manne trennt, der nicht nur fachlich auf der ganzen Linie versagt, sondern der darüber hinaus auch noch durch seine teutonischen Kraftsprüche [Seebohms berüchtigte Sonntagsreden] das internationale Ansehen der deutschen Regierung fortgesetzt auf das Schwerste diskreditiert hat.“ Vgl. Das Freie Wort, Nr. 15, 16. April 1960, S. 1, in: Archiv des Liberalismus (ADL) D04-00003.

Sie war nicht bereit, den „konservativen Gedanken“ zu opfern, nur „weil die DP als Partei gescheitert“ sei.<sup>126</sup> Die Verbindung mit der FDP sei nicht geeignet, den konservativen Gedanken weiter zu verfolgen. Denn die FDP zeichne sich vor allem durch politische Unzuverlässigkeit bzw. „Experimente bei den Regierungsbildungen“, dubiose „schillernde [...]“ Persönlichkeiten und politische Grundpositionen aus, die nicht mit den Grundsätzen der DP zu vereinen seien. Weder die „zentralistische und unitaristische Grundhaltung“, ihr außenpolitischer Kurs, noch die „liberalen Wurzeln ihrer Ideen“ stünden der Haltung der DP nah. Folglich müsse die Fusion mit der FDP den „Verzicht auf die politische Vertretung des konservativen Gedankengutes bedeuten“. Ausschließlich im Rahmen der CDU („unser geborener Koalitionspartner“) sei dies möglich. „In der Innenpolitik ist die Verwirklichung konservativer Vorstellungen aus christlich-sozialer Verantwortung heute nur dann möglich, wenn der konservative Flügel der CDU verstärkt wird.“ Zudem eile eine politische Richtungsentscheidung. Die DP stehe angesichts der Konzentrationstendenzen in der Parteienlandschaft vor nur zwei Möglichkeiten: dem Anschluss an die CDU oder der Unterstützung der SPD.<sup>127</sup> Dabei müsse doch klar feststehen, dass die CDU die „politische Chance“ des Konservatismus sei.

Obwohl Kalinke ausführlich politisch argumentierte und deutlich wurde, wie sehr die Führungskrise der DP die Partei erschüttert hatte, dominierte in ihrer Stellungnahme nicht das politische Kalkül, sondern die Enttäuschung über die Zerrüttung des persönlichen Verhältnisses. Hellweges Politik habe es „unmöglich gemacht, Ihnen [Hellwege] weiterhin in der alten freundschaftlichen Weise [...] zu begegnen.“ Während Kalinke selbst und andere Fraktionsangehörige sich wiederholt gegen die Zukunftspläne der Parteileitung und etwaige Kontaktaufnahmen zur FDP geäußert hätten, habe Hellwege es vorgezogen, jegliche Kommunikation mit der Fraktion zu verweigern, sie auszugrenzen und das Problem auszusitzen. Führungskrise und Bruch hätten vermieden werden können, wenn er seine zuvor wiederholt geäußerte Meinung, „dass nur ein Arrangement mit der CDU sittlich, moralisch und auch politisch glaubwürdig war und dass nur ein Arrangement mit der CDU der DP die Möglichkeit gegeben hätte, auch nach 1961 mit einer unabhängigen

126 Schreiben Kalinke an Hellwege, 1. August 1960, in: ACDP 01-026-002/4. Folgende Zitate, ebd.

127 „Niemand kann es auf die Dauer für menschlich erträglich und politisch für tragbar ansehen, daß sich Parteien, die die gleichen Wähler ansprechen und deren Programme weitgehend übereinstimmen, gegenseitig zerfleischen, um damit dem lachenden Dritten, nämlich den zielbewussten Kräften der SPD Tür und Tor für die Übernahme der Macht im Lande und im Bundesrat aufzumachen. Niemand kann begreifen, warum es auf einmal eine Todsünde sein soll, mit der CDU Absprachen zu treffen.“, ebd. Dort auch die folgenden Zitate.

Bundestagsfraktion und einer eigenen Parteiorganisation in den Bundestag zu kommen“ offen und mutig vertreten hätte. Ohne öffentlich klar für eine Position einzutreten, habe er die Bundestagsfraktion „im Stich“ gelassen und „Zwischenträgern und Leuten, die bösen Leumund machen, mehr geglaubt als den Freunden“. Hellweges Verhalten sei geprägt von „unglückselige[m] Taktieren“ und „unverständliche[r] Sorglosigkeit“.

Für Margot Kalinke stand fest: Ohne das menschliche Versagen Hellweges als Parteivorsitzender wäre es nicht zum Bruch der DP gekommen. „Die jetzige Führung der DP hat versagt und besitzt nicht mehr das Vertrauen ihrer Bundestagsfraktion.“ Aus Gründen „menschlicher Rücksichtnahme“ sei dieses Argument in der Begründung zum Übertritt der Neun hinter politische Gründe wie den Verhandlungen mit der FDP zurückgestellt worden. Die Stellungnahme der DP, die Abgeordneten seien ausschließlich aus Angst um ihre Mandate übergetreten, lehnte Kalinke als Diffamierung und „schlechten politischen Stil“ ab.

Hellwege konnte mit den Angriffen gegen seine Person nicht umgehen. Statt inhaltlich Stellung zu Kalinkes Brief zu beziehen, warf er ihr „unwahre Behauptungen und Unterstellungen“ vor. „Mit der Lüge kommt man durch die ganze Welt, aber nicht wieder zurück“, antwortete er ihr am 10. August 1960.<sup>128</sup>

#### *Fazit: Gründe für die Spaltung der DP-Bundestagsfraktion*

Es ist nicht zu leugnen, dass die Angst der Abgeordneten um das eigene Mandat die Entscheidung zum Austritt aus der DP beeinflusste. Dennoch wird in der Analyse der Vorgänge und Stellungnahmen deutlich, wie vielschichtig die Ursachen für den Bruch der DP-Bundestagsfraktion waren.

Erstens verursachte das strukturelle Ungleichgewicht der Landesverbände und der Bundespartei Konflikte. Der niedersächsische Landesverband dominierte die Politik der gesamten Bundespartei. Selbstherrlich und ohne Abstimmung oder Konsens der anderen Gremien führte der Landesverband Fusionsverhandlungen, von denen die gesamte Partei betroffen war.

Zweitens lähmte der Dualismus von Bundesvorsitz und niedersächsischem Landesvorsitz die Führungspersönlichkeit Heinrich Hellwege. Er konnte das Dilemma der widerstreitenden Interessen der DP im Bund und in Niedersachsen nicht lösen. Ebenso wenig wollte er sich auf eine der Positionen festlegen und die DP in diese Richtung weiterentwickeln. Seine Starre ermöglichte die Ausgrenzung der DP-Bundestagsfraktion, die vom niedersächsi-

<sup>128</sup> Schreiben Hellwege an Kalinke, 10. August 1960, in: ACDP 01-148-051/01.

schen Landesvorstand und Richard Langeheine systematisch betrieben wurde, um die Bundestagsfraktion als internen politischen Gegner auszuschalten. Die DP wurde in den Stellungskämpfen ihrer Führungspersonlichkeiten aufgerieben. Bei den Abgeordneten der Bundestagsfraktion ließ vermutlich gerade die fehlende Einbeziehung in politische Entscheidungsprozesse das verschwörerische Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen, das später in dem Ausdruck „wir Neun“ zum Tragen kam.

Drittens bestimmte Konrad Adenauer mit seiner Einflussnahme die Dynamik der Entwicklung. Er verstand es in entscheidenden Situationen, Zwietracht und Unsicherheit zu säen. Adenauer spielte dabei die Führungspersonlichkeiten Schneider, Hellwege und Langeheine gegeneinander aus, schürte durch die Absage von Wahlabsprachen die Angst der Abgeordneten, nicht wieder ins Parlament einzuziehen und drohte mit der Kappung von Finanzflüssen. Der CDU-Vorsitzende zielte bewusst auf das Ende der DP und war bereit, freiwerdende Kräfte in die CDU zu integrieren. Er konnte damit eine Stärkung der CDU gegenüber der SPD erreichen. Gleichwohl bestritt Adenauer ein solches Ansinnen. Im CDU-Bundesvorstand betonte er nach dem Auseinanderbrechen der DP-Fraktion, er habe „sich die größte Mühe gegeben, die DP am Leben zu erhalten, auch als Partei in Niedersachsen.“<sup>129</sup>

Viertens erkannten die Neun, dass die Entwicklung des Parteiensystems das Ende der kleinen Parteien und damit auch der DP einläutete. Um die praktische Wirksamkeit konservativer Werte zu erhalten und konservative Politik vom Stillstand zu befreien, sahen sich die Abgeordneten gezwungen, die DP zu verlassen. Sie gaben daher ihre Positionen in der DP auf und wagten den Übertritt in die CDU. Eigenen Angaben zufolge hatte keiner von ihnen zuvor Rückversicherungsgespräche mit der CDU geführt.<sup>130</sup> Die neuen CDU-Mitglieder wurden nicht von allen Christdemokraten mit offenen Armen empfangen. Insbesondere die Vertreter des linken Flügels innerhalb der CDU wehrten sich gegen die Integration der DPler. So widersetzte sich Hans Katzer zunächst der Mitarbeit Kalinkes in der CDA. Im CDU-Bundesvorstand mahnte Otto Schmidt<sup>131</sup>, Margot Kalinke in der CDU-Bundestagsfraktion mehr

129 Adenauer, 6. Juli 1960, in: Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“, S. 709.

130 Vgl. Schreiben Kalinke an Hellwege, 1. August 1960, in: ACDP 01-026-002/4. Diese Angabe wird durch die Mitteilung Adenauers vor dem CDU-Bundesvorstand bestätigt. Er berichtete am 6. Juli 1960, der CDU lägen nun „acht oder neun Anträge“ vor. Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“, S. 709.

131 Otto Schmidt (1. August 1902–12. Dezember 1984), 1948–1949 Oberbürgermeister von Wuppertal, 1950–1954 Minister in der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, 1950–1958 MdL, 1957–1972 MdB.

zu respektieren und als politische Führungskraft einzubinden.<sup>132</sup> Noch im November 1960 stellte der „Telegraf“ fest, die ehemaligen „Deutschparteiern“ seien in „eine völlige Isolation“ geraten.<sup>133</sup> Dies zeigte sich auch bei der Bundestagswahl 1961: Von den neun Abgeordneten zogen nur noch die Prominenten Kalinke, Seebohm und von Merkatz sowie Steinmetz ins Parlament ein. Preiß, Preusker, Probst, Ripken und Schild verloren ihr Mandat.

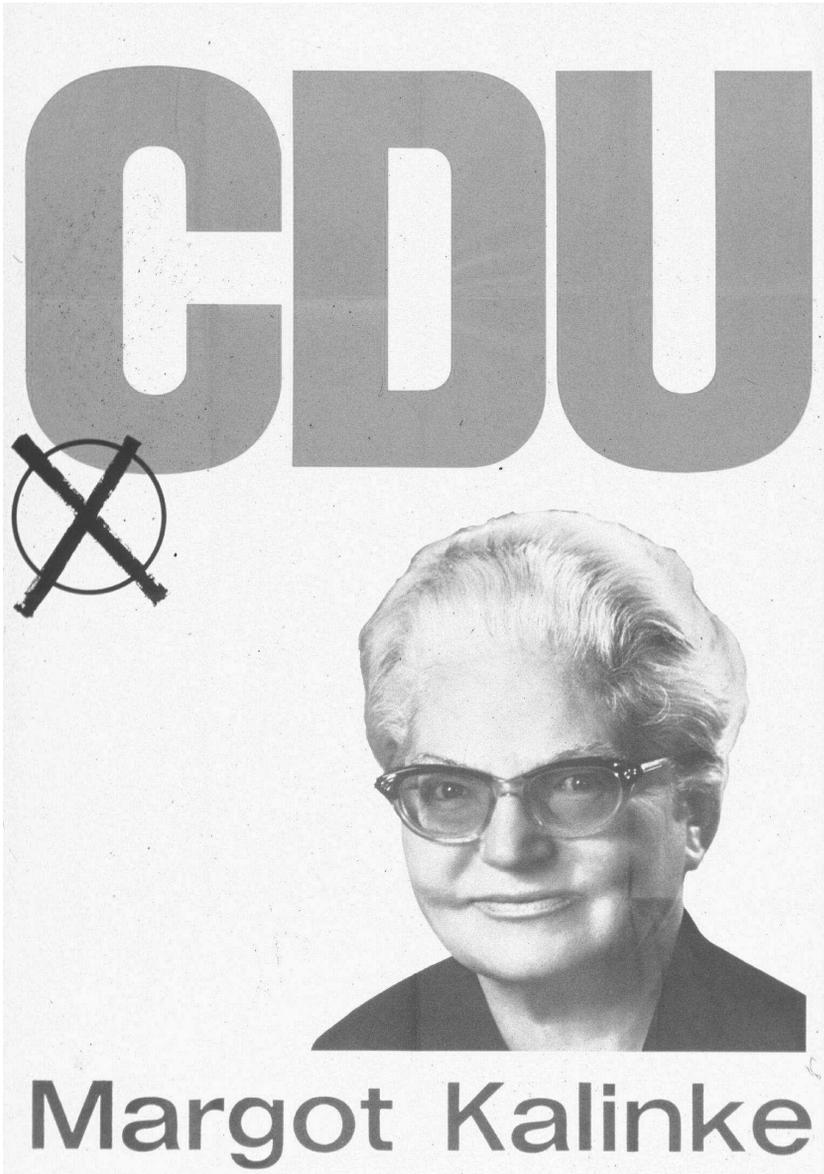
Fünftens machten persönliche Gründe den Bruch der DP unumgänglich. Die Ausgrenzung der Bundestagsfraktion und die Kommunikationsverweigerung der Parteileitung zerstörten das Vertrauen der Abgeordneten in ihre Partei. Seebohm und von Merkatz verstanden dies als Demütigung und Gesichtsverlust vor den Koalitionspartnern. Kalinkes persönliche Reaktion gründete sich weniger auf die Sorge um ihren Ruf als das bei Seebohm und von Merkatz der Fall war. Sie fühlte sich besonders durch die persönliche Entzweiung mit Hellwege und durch die Enttäuschung über dessen Handlungsunfähigkeit und mangelnde politische Weitsicht getroffen.

Betrachtet man den gesamten Vorgang um den Bruch der DP-Fraktion, bestätigt sich Konrad Adenauers Urteil über Margot Kalinke: Sie war mehr wert als drei Männer, als es darum ging, zu handeln und Worten Taten folgen zu lassen. Die Einheit der Fraktion war unter den gegebenen Umständen nicht zu halten, das war den Neun klar und bedurfte nicht Kalinkes Zutuns. Sie trat jedoch in ihrer Partei als ständige Mahnerin in Erscheinung, warnte vor Fehlentwicklungen und hoffte, Hellwege zum Eingreifen bewegen zu können. Als das Scheitern ihrer Versuche offensichtlich wurde, trieb sie die Spaltung der Fraktion initiativ voran. Der persönliche Angriff auf von Merkatz war die Initialzündung, auf die sie gewartet hatte. Sie versammelte den Kreis der „Verschwörer“ um sich und organisierte die Abspaltung von der DP-Bundestagsfraktion sowie die Aufnahme der Neun in die CDU. Damit leitete sie den Anfang vom Ende der Deutschen Partei ein.

---

132 Vgl. Schmidt, 22. September 1960, in: Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“, S. 840.

133 Vgl. Der Abfall, in: Spiegel, Nr. 29, 13. Juli 1960, S. 13–23, hier S. 23; Telegraf, 11. November 1960.



Wahlplakat zur Bundestagswahl 1969 (Quelle: ACDP Plakatsammlung).



Margot Kalinke am Rednerpult des Deutschen Bundestages 1969 (Quelle: ACDP Bildarchiv, Fotograf: Josef A. Slominski).